

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.
— Drucksachen 12/2062, 12/2718 —**

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die Sichtvermerkspolitik für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien an der bundesdeutschen Grenze aufzuheben, ihnen einen Aufenthaltsstatus als Bürgerkriegsflüchtlinge zu geben, einen Abschiebestopp zu erlassen und Verhandlungen darüber zu führen, daß wieder ein visafreier Reiseverkehr hergestellt werden kann.

Bonn, den 2. Juni 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Nach Informationen der Presse hat sich der Sprecher des Bundesministeriums des Innern, Bachmeier, dahin gehend geäußert, daß „die Visumspolitik der Bundesregierung Verschärfungen für das ‚Rest-Jugoslawien‘ vorsehe“ (FAZ, 21. Mai 1992). Den Informationen Bachmeiers zufolge hat die „Bundesregierung bis zur vergangenen Woche formal an der Regelung festgehalten, daß Bürger mit einem jugoslawischen Paß ohne Visum nach Deutschland einreisen können. Zuletzt hatte man aber auch Menschen mit jugoslawischem Paß, die eindeutig Serbien oder Bosnien-Herzegowina zugeordnet werden konnten, die Einreise verweigert. In der vergangenen Woche hatte der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, nach Abstimmung mit den Bundesländern die Visumsfreiheit für das frühere Jugoslawien aufgehoben. Zudem wurde vereinbart, daß Bürger aus Serbien, Mazedonien und Montenegro

zusätzlich zu einem Visum eine besondere Einreiseerlaubnis – etwa wegen eines Verwandtenbesuches – benötigen" (FAZ, 21. Mai 1992).

Es ist ein bezeichnender Vorgang, daß ausgerechnet in einer Situation, in der sich der Bürgerkrieg in dem ehemaligen Jugoslawien dramatisch zuspitzt, die Bundesregierung ihre Politik der Einreiseverweigerung gegen Menschen aus bestimmten Teilstaaten verschärft. Dies muß als grundlegender Angriff auf den Humanismus, aber auch auf die bestehenden Gesetze und internationalen Rechtsvorschriften und Verpflichtungen angesehen werden. Ungeheuerlich ist, daß die Bundesregierung Menschen, die vom visafreien Reiseverkehr ausgehen müssen, willkürlich an der Grenze abweisen läßt. Offenbar wurden Menschen einer bestimmten Nationalität zugeordnet und deshalb ihre Reisefreiheit beschnitten und in das Bürgerkriegsgebiet zurückgeschickt.

Die Verschärfungen der Einreisebestimmungen müssen umgehend abgeschafft werden.